

Bayr und Weshely fordern Stopp von FGM**Utl.: Bayr: "Der 6. Februar ist der internationaler Kampftag gegen FGM" =**

Wien (SK) "FGM ist ein ganz wichtiges Thema, es betrifft viele Frauen und stellt kein Randphänomen dar", machte die Wiener Frauenstadträtin Sonja Weshely am Freitag in einer Medienkonferenz mit dem Titel "stopFGM" anlässlich des "International Day of Zero Tolerance to FGM", der am 6. Februar stattfindet, klar. Weshely zeigte sich erfreut, dass es gelungen ist, das Thema weibliche Genitalverstümmelung aus dem Tabubereich zu bringen: "Das ist immer der erste Schritt". SPÖ-Abgeordnete und Vorsitzende von StopFGM, der österreichischen Plattform gegen weibliche Genitalverstümmelung, Petra Bayr, machte darauf aufmerksam, dass FGM nicht nur ein internationales Thema ist, sondern sich auch direkt vor unseren Augen, in Österreich, abspielt. An der Medienkonferenz nahmen außerdem Almaz Böhm, stellvertretende Vorsitzende von "Menschen für Menschen", sowie CARE-Projektleiterin Christina Stummer teil. Informationen zur Plattform findet man im Internet unter www.stopfgm.net.****

Jedes Jahr werden weltweit rund 2 Millionen Mädchen genital verstümmelt. Mehr als 155 Millionen Frauen leiden an den Folgen dieser brutalen Verstümmelung. FGM stellt eine der grausamsten Formen der Gewaltausübung gegenüber Frauen dar. Sie ist durch keinerlei religiöse Vorschriften zu rechtfertigen. Und sie hat massive gesundheitliche und psychische Folgen für die betroffenen Frauen. "Um diesem brutalen Ritual ein Ende zu bereiten, ist vor allem Aufklärungsarbeit nötig - und zwar bei Männern und Frauen", unterstrich Weshely, die auf die Afrikanische Frauenorganisation (AFO) verwies, die in Wien wichtige Arbeit für Betroffene leistet und die es dank einer Finanzierung durch die Stadt Wien weiter geben wird.

Die österreichische Plattform gegen weibliche Genitalverstümmelung wurde ein halbes Jahr nach Ausrufung des internationalen Tages gegen FGM im Herbst 2003 gegründet. "Seither haben uns Hunderte Einzelpersonen, Organisationen und Politikerinnen unterstützt", freute sich Bayr. "Ziel der Plattform ist es, zu vernetzen, Zusammenarbeit zu fördern und den Dialog entstehen zu lassen", betonte Bayr. So wurde zum Beispiel seitens der Plattform ein Fragebogen, der sich an GynäkologInnen und Hebammen richtet, entwickelt. "Ein weiterer Arbeitsbereich ist das Zugehen auf afrikanische Vereine und Institutionen", so Bayr. Man wolle versuchen, als Vermittlerin zwischen BeraterInnen und Mitgliedern der African Community zu agieren und vor allem dem Wissen Folge leisten, dass 30 Prozent aller in Österreich lebendern AfrikanerInnen erwägen, ihre Töchter genital verstümmeln zu lassen, erklärte Bayr. "Ein großer Erfolg der Plattform besteht darin, dass in der Hebammenschule der Stadt Wien die Wissensvermittlung über FGM bereits Unterrichtsbestandteil ist", zeigte sich Bayr erfreut. Anfang März soll im Parlament ein Antrag angebracht werden, der die Außenministerin auffordert, sich in der Generalversammlung der UNO dafür einzusetzen, dass der 6. Februar ein UN-Gedenktag gegen FGM wird: "Hoffentlich ein Vier-Parteienantrag", hoffte Bayr. "Menschen- und Frauenrechte sind ein Thema, bei dem es noch sehr viel zu tun gibt", zeigte Bayr auf. Es gehe vor allem auch darum, ein Klima zu schaffen, das es Betroffenen ermöglicht sich in die Gesellschaft einzubetten. Bayr forderte, FGM dezidiert zum Asylgrund zu machen. Der Bund solle dem Vorbild der Stadt Wien folgen und mehr Mittel zur Verfügung stellen.

Böhm berichtete vor allem von Erfahrungen, die Karlheinz Böhm's Äthiopienhilfe "Menschen für Menschen" mit FGM gemacht hat und macht. "Menschen für Menschen kämpft mit Vehemenz gegen die schädlichen Traditionen der Frühverheiratung und der Genitalverstümmelung. "Menschen für Menschen" informiert die Beschneiderinnen und religiösen Führer vor Ort und leistet somit wichtige Aufklärungsarbeit. "In allen von 'Menschen für Menschen' gegründeten Schulen gehört es dazu, über FGM zu sprechen", so Böhm. "Für uns ist es wichtig, dass die nächste Generation von sich aus Nein zu FGM sagen kann, auch die Buben und Männer", betonte Böhm.

Stummer konnte von einem großen Erfolg von CARE berichten. Im Juni 2004 hat CARE ein Symposium mit offiziellen Entscheidungsträgern, religiösen Führungspersonlichkeiten und Regierungsmitgliedern der Region Awash ins Leben gerufen. Am letzten Tag und nach ausführlichen Diskussionen haben die 250 Teilnehmer FGM offiziell zu einem Verbrechen erklärt. "Unsere Vision ist es, dass FGM weltweit aufhört, für uns ist es ein Erfolg, dass FGM in einer Region abgeschafft wurde, das ist der richtige Weg", so Stummer. (Schluss) sk

Rückfragehinweis: Pressedienst der SPÖ

Tel.: (+43-1) 53427-275

<http://www.spoe.at>

*** OTS-ORIGINALTEXT UNTER AUSSCHLIESSLICHER INHALTLICHER
VERANTWORTUNG DES AUSENDERS ***

OTS151 2005-02-04/12:18

041218 Feb 05